



HESSISCHER LANDTAG

20. 07. 2023

HHA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion DIE LINKE

Militärische Nutzung des Flughafens Pulkovo (St. Petersburg) und die Aktivitäten der Landesregierung

Das Land Hessen hält gut 31 Prozent an der Fraport AG. Fraport wiederum hält 25 Prozent an der Thalita Trading Ltd. Thalita ist Eigentümerin der Firma Northern Capital Gateway, diese wiederum hält die 30-jährige Betriebskonzession für den Flughafen Pulkovo in St. Petersburg (Russland). Zu den weiteren Anteilseignern gehört auch die Unternehmensgruppe der russischen Staatsbank VTB, die etwa einen ebenso großen Anteil wie Fraport hält und nach der Annexion der Krim von den USA sanktioniert wurde, und die Staatsfonds von Russland und Katar.

Laut Medienberichten belegen Recherchen von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung, dass in den rund 16 Monaten, die der Krieg Russlands in der Ukraine andauert, eine Reihe von Militärmaschinen den Flughafen genutzt haben. So seien vom Flughafen Maschinen abgeflogen, die Truppen und Material der Söldnergruppe Wagner transportiert haben sollen. Die Wagner-Gruppe spielte eine große Rolle in der bisherigen Kriegsführung Russlands. Den Söldnern werden schwere Kriegsverbrechen wie Mord, Folter und Vergewaltigung zur Last gelegt.

Bereits im März 2022 hatte es im Rahmen der Pandora Papers erste Hinweise auf die Möglichkeit der militärischen Nutzung des Flughafens gegeben. Recherchen des HR hatten wiederum aufgezeigt, dass es auf dem Flughafen eine militärische Kommandantur gibt und laut Berichten von Planespottern von dort russische Militärflugzeuge abgeflogen sind.

Der Hessische Finanzminister hatte wiederholt betont, dass ihm keinerlei Kenntnisse über eine militärische Nutzung des Flughafens vorlägen. Zudem hatte er in Aussicht gestellt, dass bei einer militärischen Nutzung des Flughafens für den Krieg ein Ausstieg aus der Beteiligung möglich wäre. Wörtlich formulierte der Minister: „Wenn ich mich recht erinnere – da bin ich mir ziemlich sicher –, habe ich das so formuliert, dass das beispielweise der Fall sein könnte, wenn das Ereignis eintreten würde, dass der Flughafen St. Petersburg unmittelbar in kriegerische Handlungen einbezogen würde. Da würden dann Militärflugzeuge landen, die im Krieg unterwegs sind. Das könnte ein solches, möglicherweise auch rechtlich handhabbares Ereignis sein.“ (Protokoll HHA 20/42 – 04.05.2022, S. 15/16)

Es scheint sich nach den Recherchen der Verdacht zu erhärten, dass der Flughafen Pulkovo eine Rolle im Krieg Russlands um die Ukraine spielt. Dadurch steht nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerstrafrecht im Raum, sondern das Friedensgebot der Hessischen Verfassung ist verletzt und die Landesregierung, die eine politische Verantwortung für die Fraport AG und ihre Beteiligungen trägt, moralisch diskreditiert.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann hatte die Landesregierung bzw. Fraport Erkenntnisse über militärische Flugbewegungen und deren Ziele?
2. Wie oft und zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung der Landesregierung Informationen über die militärische Nutzung des Flughafens oder über verdächtige Flugbewegung übermittelt?
3. Welche Schlüsse hat die Landesregierung aus den Informationen gezogen, die das Auswärtige Amt ihr zur militärischen Nutzung des Flughafens Pulkovo übermittelt hat?

4. Wie bewertet die Landesregierung Berichte, nach denen der Flughafen von IL-76-Maschinen genutzt wurde, die Truppen oder Material für die Wagner-Söldner-Gruppe transportiert haben und die auf der Sanktionsliste der US-Regierung stehen mit Blick auf die hessische Beteiligung an Fraport und das Friedensgebot der Hessischen Verfassung?
5. Wie bewertet die Landesregierung Satellitenbilder von Tu-22M3-Bombern, die nach Medienberichten auch für Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine genutzt worden sein sollen, mit Blick auf die hessische Beteiligung an Fraport und das Friedensgebot der Hessischen Verfassung?
6. Warum hat die Landesregierung bisher keinerlei Versuche unternommen, mit Verweis auf die militärische Nutzung des Flughafens für einen Krieg („handhabbares Ereignis“ – Protokoll HHA 20/42 – 04.05.2022), aus den bestehenden Verträgen auszusteigen (Exit-Klausel, Force-majeure-Ereignis)?
7. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung bzw. Fraport grundsätzlich über die militärische Nutzung von anderen Flughäfen, an denen Fraport beteiligt ist?

Wiesbaden, 20. Juli 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske